D 4.1 Positionierung zu Vollverschleierung in öffentlichen Gebäuden

Antragsteller*in: Anna Tranziska (KV Pinneberg), Benita von Brakel-Schmidt(KV Flensburg), Uta Röpke, Konstantin von Notz (KV Hzgt.Lauenb.), Amina Touré, Lasse Petersdotter, Steffen Regis, Luise Amtsberg, Jörn Pohl (KV Kiel), Cathy Nies (KV Ostholstein)

Änderungsantrag zu D 4

Globalalternative zu D4

Die Möglichkeit, religiöse Symbole selbstbestimmt zu tragen oder auf sie zu verzichten, zeichnet eine weltoffene und liberale Gesellschaft aus. Die große Mehrheit der Muslim:innen in Deutschland sieht die Vollverschleierung nicht als religiöses Gebot. Aber diese Entscheidung treffen die individuellen Grundrechtsträgerinnen, also die Frauen selbst, und niemand anderes für sie.

Burka und Niqab können Ausdruck eines patriarchalen, frauenfeindlichen Gesellschaftsbildes sein, das wir ablehnen. Keine Frau soll sich gegen ihren Willen verschleiern müssen. Wir betonen unsere Ablehnung jedweder fundamentalistischen Auslegung des Islams und jedes Zwangs zur Vollverschleierung.
Ein Verbot der Vollverschleierung in Bildungseinrichtungen, das über bisherige Verbote in öffentlichen Einrichtungen hinausgeht, würde allerdings nur das Problem der Unterdrückung verschlimmern, bereits bestehende Abhängigkeiten verstärken und die betroffenen Frauen noch mehr in die Unsichtbarkeit drängen. Die Situation der betroffenen Frauen würde nicht verbessert, sondern verschlechtert werden.

Statt auf verfassungsrechtlich fragwürdige, kaum durchsetzbare Verbote, setzen wir deshalb auf Radikalisierungsprävention und konsequente rechtliche Sanktionen gegen verfassungsfeindliche Vereins- und Gruppenstrukturen.
Frauen, die sich aus Zwang und patriarchalen Machtstrukturen lösen wollen, erfahren unsere Unterstützung und erhalten Zugang zu besonderen Beratungsangeboten. Als feministische Partei zielen unsere Maßnahmen gegen die Verursacher:innen von Unterdrückung und gegen Diskriminierungsstrukturen. Wir unterstützen Frauen, statt uns gegen sie zu stellen und die von Unterdrückung Betroffenen weiter zu isolieren.

Wir betonen, dass Bildung seit jeher Schlüssel zu Emanzipation und Aufklärung ist. Ziel aller unserer Maßnahmen muss daher sein, Opfer von Unterdrückung und patriarchalen Strukturen den Weg zu Bildungseinrichtungen und die Teilhabe am offenen und öffentlichen Diskurs auch weiterhin zu ermöglichen.

Unabhängig von der Diskussion um Burka und Niqab lehnen wir jedweden Versuch, Frauen über Kleidungsvorschriften in bestimmte Rollen zu drängen, entschieden ab.

Begründung

In unserer Partei wird seit langem sehr intensiv über die Gründe des Tragens von Burka oder Niqab und über mögliche Verbote diskutiert. In zahlreichen Gremiensitzungen, mit und ohne externe Impulse, wurde sich inhaltlich ausgetauscht und intensiv um eine Positionierung der Partei gerungen.

Bereits auf dem Programmparteitag zur Landtagswahl am 27.11.2016 hat sich die Partei inhaltlich positioniert und gegen weitergehende Verbote als die, die es heute ohnehin schon gibt, beispielsweise das Tragen bei Gerichtsverhandlungen, ausgesprochen.

Vor etwa drei Jahren haben wir um diese beiden Absätze lange und intensiv diskutiert und argumentativ viel gerungen. Dieser Beschluss vereint die verschiedenen Aspekte einer komplexen Thematik und gilt für uns als kluge Entscheidung fort.

In den Pandemiemonaten, die hinter uns liegen, haben wir gelernt, dass wir zwar die Mimik hinter der Maske in der Kommunikation vermissen, diese aber nicht unabdingbar ist für ein gutes Miteinander. Auf einmal ist dies auch im Unterricht kein Problem mehr, da es die Pandemiesituation im Rahmen des Infektionsschutzes erforderlich macht. Daran können wir sehen: Obwohl wir die Mimik des Gegenübers nicht sehen können, gelingt der zwischenmenschliche Austausch. Wir haben also pandemiebedingt viel dazu gelernt und die Perspektive und damit auch Teile der Argumente gegen eine Gesichtsverschleierung wurden so entkräftet.

Für uns gilt weiterhin: In einer Zeit gezielter Spaltungsbestrebungen von islamistischer und rechter Seite ist es unumgänglich, einen kühlen Kopf zu bewahren und Streitfragen sachlich entlang (verfassungs)rechtlicher Vorgaben zu diskutieren.

Auch und gerade nach der öffentlich hitzig geführten Diskussion um ein „Verschleierungsverbot“ an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel fühlen wir uns in dieser gemeinsam gefundenen Position bestätigt. Klar ist, dass wir die handelnden Akteur:innen an den Hochschulen mit diesen Fragen nicht allein lassen werden und die Verantwortung nicht auf die einzelne Bildungseinrichtung oder die individuelle Lehrperson verlagern werden.

Unterstützer*innen

Benita von Brakel-Schmidt (KV Flensburg); Uta Röpke (KV Hzgt. Lauenburg); Konstantin von Notz (KV Hgzt. Lauenburg); Amina Touré (KV Kiel); Lasse Petersdotter (KV Kiel); Steffen Regis (KV Kiel); Luise Amtsberg (KV Kiel); Jörn Pohl (KV Kiel); Cathy Nies (KV Ostholstein); Ann-Kathrin Tranziska (KV Pinneberg); Malte-Jannik Krüger (KV Steinburg); Hans-Peter Hopp (KV Ostholstein); Bruno Hönel (KV Lübeck); Denise Loop (KV Dithmarschen); Mayra Vriesema (KV Nordfriesland); Leon Bossen (KV Flensburg); Stephan Wiese (KV Lübeck); Martin Drees (KV Plön); Uta Boßmann (KV Kiel); Jonathan Morsch (KV Rendsburg-Eckernförde); Sven Gebhardt (KV Flensburg); Laura Catharina Mews (KV Rendsburg-Eckernförde); Annabell Louisa Pescher (KV Flensburg); Klaus-Christian Kalkhoff (KV Rendsburg-Eckernförde); Carola Köster-Wiens (KV Lübeck); Jasper Balke (KV Lübeck); Julia Schmidtke (KV Kiel); Kerstin Mock-Hofeditz (KV Nordfriesland) (KV Nordfriesland); Malte Richert (KV Segeberg); Marlene Langholz-Kaiser (KV Flensburg); Nour AlAli (KV Schleswig-Flensburg); Burak Kocaaslan (KV Kiel); Lovis Möller (KV Pinneberg); Dennis Zdunek (KV Herzogtum Lauenburg); Nicole Derber (KV Ostholstein); Arne-Matz Ramcke (KV Lübeck); Hannah Wolf (KV Kiel); Matthias Albig (KV Kiel); Michael Böckenhauer (KV Ostholstein); Jakob Brunken (KV Ostholstein); Gazi Freitag (KV Kiel); Anna Langsch (KV Kiel); Peer Rieck (KV Steinburg); Christine Herde-Hitziger (KV Pinneberg); Paulina Spiess (KV Kiel); Jakob Blasel (KV Rendsburg-Eckernförde); Joschka Knuth (KV Rendsburg-Eckernförde); Georg Wilkens (KV Rendsburg-Eckernförde); Uta Bergfeld (KV Schleswig-Flensburg); Mathias Schmitz (KV Pinneberg); Benita v. Brackel-Schmidt (KV Flensburg); Andreas Tietze (KV Nordfriesland); Silke Schiller-Tobies (KV Kiel); Esther Drewsen (KV Nordfriesland); Finn Petersen (KV Schleswig-Flensburg); Nora Fuhrmann (KV Flensburg); Silke Backsen (KV Nordfriesland); Lennart Stahl (KV Segeberg); Kristian Warnholz (KV Pinneberg); Alice Hakimy (KV Neumünster); Robert Wlodarczyk (KV Herzogtum-Lauenburg); Petra Kärgel (KV Pinneberg); Niklas Willma (KV Neumünster)